

entsprechend der örtlichen Gegebenheiten Standards für das Existenzminimum festlegen. Die Sozialhilfe beträgt dann die Differenz zwischen diesem Minimum und den eigenen Einkünften. Durchschnittlich wurden bisher auf dem Lande 28 CNY (2,65 EUR) im Monat pro Berechtigtem gezahlt – bei durchschnittlichen Mindestlebenskosten von 71,4 CNY (6,77 EUR). Für die Städte lauten die entsprechenden Summen 92 CNY und 169,60 CNY.

In den Städten, wo Ende des Jahres 2006 durchschnittlich 27 qm Wohnraum pro Einwohner zur Verfügung standen, sollen die Regierungen entweder Wohnraum für Niedrigverdiener subventionieren oder entsprechend günstigen Wohnraum zur Verfügung stellen. Für den Bau solcher Wohnungen sollen sie 10% der Mittel verwenden, die sie aus Landverkäufen einnehmen. Noch in diesem Jahr sollen die Bewohner der großen Städte in den Genuss dieser Förderung kommen, im nächsten Jahr auch die der Kleinstädte und bis zum Jahr 2010 alle Städter. Dem stellvertretenden Bauminister Qi Ji zufolge sind derzeit nur 2,7% der Familien mit niedrigem Einkommen in Förderprogramme einbezogen. Hintergrund der Verordnung sind die ständig steigenden Mieten und die Konzentration privaten Wohnungsbaus auf die gehobenen Mittelschichten. In 70 größeren Städten waren die Mieten und Preise im Juli um 7,5% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Weniger als 14 Mrd. CNY werden jährlich für Wohnungssubventionen aufgebracht, 50 Mrd. müssten es sein, um das Ziel für das Jahr 2010 zu erreichen. Die Verordnung sieht auch vor, dass private Investoren beim Hausbau 70% der Wohnfläche für Wohnun-

gen unter einer Größe von 90 qm vorsehen. (Beide Dokumente in XNA, 13.8.07, nach BBC PF 15., 18.8.07; XNA, 22., 26.8.07; ST, 31.8.07; SCMP, 3., 14.8.07)

Außenwirtschaft

Marcus Conlé

Lenovo möchte Auslandsgeschäft erweitern

Das chinesische PC-Unternehmen Lenovo, das internationale Aufmerksamkeit erregt hatte, als es vor zwei Jahren die Computersparte von IBM übernahm, möchte weiter im Ausland expandieren. Bisher ist Lenovo vor allem im Inland gut aufgestellt. Laut Bryan Ma, Analyst von IDC, hält das Unternehmen einen Anteil am heimischen PC-Markt von 35,8%. Danach folgen Hewlett Packard (13,4%), die chinesische Founder Technology Group (12%) und Dell (8,1%).

Nach Berichten von Brancheninsidern steht das Unternehmen derzeit im Gespräch mit Packard Bell, dem fünftgrößten PC-Hersteller in Westeuropa mit Hauptsitz in den Niederlanden. Geführt wird Packard, dessen Anteil am westeuropäischen PC-Markt sich nach Angaben der Marktforschungsgruppe Gartner auf etwa 3% beläuft, von John Hui. Der gebürtige Hongkonger hatte das Unternehmen erst vor einem Jahr von NEC gekauft.

Lenovo hat in einer ersten Stellungnahme am 7. August 2007 zugegeben, dass es Gespräche mit einer unabhängigen dritten Partei über eine Übernahme von Packard Bell gebe. Die Gespräche seien allerdings erst in der Anfangsphase. Weiter wollte

das Unternehmen die Angelegenheit nicht kommentieren.

Auch das taiwanische Unternehmen Acer, das derzeit mit Lenovo um Platz drei in der Liste der weltweit absatzstärksten PC-Hersteller konkurriert, hat Interesse an einer Übernahme von Packard Bell bekundet. Im ersten Quartal 2007 hatte Acer höhere Verkaufszahlen als Lenovo aufgewiesen. Allerdings konnte sich das festlandchinesische Unternehmen im zweiten Quartal den dritten Rang hinter den US-amerikanischen Herstellern Hewlett-Packard und Dell zurückerkämpfen.

Während Acer seine Marke bei europäischen Konsumenten bereits fest etablieren konnte, entfaltet Lenovo im europäischen und US-amerikanischen Markt Nachfrage vorwiegend von Firmenkunden. Branchenexperten sind daher der Ansicht, dass Lenovo durch eine Übernahme von Packard Bell, das eine starke Präsenz in England und Frankreich aufweist, besonders profitieren würde.

Im US-amerikanischen Markt möchte Lenovo ebenfalls den Bekanntheitsgrad seiner Marke bei den Konsumenten verbessern. Die Marke Lenovo soll bis zum Jahr 2010 fest etabliert sein. Bis dahin darf das Unternehmen gemäß des Übernahmevertrages die Marke IBM noch verwenden. In den letzten beiden Jahren hat Lenovo sein Profil vor allem durch Sponsorenverträge mit den letztjährigen Olympischen Winterspielen in Italien und der National Basketball Association (NBA) gestärkt. Ferner hat das Unternehmen angekündigt, dass seine Computer nun auch im stationären Handel erwerbbar seien. Bisher konnten Computer der Marke Lenovo nur über das

Internet bestellt werden.

Lenovo folgt in dieser Beziehung dem US-PC-Hersteller Dell, der von seiner 23 Jahre alten Praxis Abschied genommen hat, Computer ausschließlich über Telefon und Internet zu verkaufen. Inzwischen bietet Dell seine Computer auch in Wal-Mart-Filialen an.

Um das Auslandsgeschäft zu unterstützen, hat Lenovo ferner 30 Mio. USD in neue Fabriken in Mexiko investiert, die die US-amerikanische Nachfrage befriedigen sollen, und in Indien, dem zurzeit weltweit am schnellsten wachsenden PC-Markt. (WSJ, 27.7.07; FT, 8.8.07; IHT, 11.9.07)

China Automobile Deutschland mit Stand auf der IAA

China Automobile Deutschland, der europäische Importeur des chinesischen Autoherstellers Shuanghuan, hat sich über eine Anordnung von BMW hinweggesetzt und zwei Exemplare des CEO auf der Internationalen Automesse IAA ausgestellt. Gegen Shuanghuan werden vonseiten deutscher Autobauer Plagiatsvorwürfe erhoben. So soll es sich beim CEO um eine Kopie des Geländewagens X5 von BMW und beim Noble, der ebenfalls von Shuanghuan produziert wird, um ein Imitat des Smart Fortwo von Daimler handeln. BMW hat in München inzwischen ein Verfahren gegen den Verkauf des CEO in Deutschland angestrengt.

Dagegen sieht Karl Schlössl, Hauptgeschäftsführer von China Automobile Deutschland, den rechtlichen Schritten der beiden deutschen Autokonzerne gelassen entgegen. Seiner Ansicht nach seien die Autos zwar von europäischen Modellen

inspiriert worden. Es handele sich jedoch keinesfalls um bloße Kopien. Trotz der Vorwürfe soll der CEO im Oktober seinen Verkaufsstart haben.

Viele Branchenbeobachter sind ebenfalls der Ansicht, dass die deutschen Hersteller überzogen handelten. Graeme Maxton, unabhängiger Branchenanalyst in Hongkong, gab zu bedenken, dass chinesische Autobauer beim Design ihrer Fahrzeuge sich von mehreren Modellen gleichzeitig inspirieren ließen. Im Falle des CEO sei das Heck zwar offensichtlich dem BMW X5 nachempfunden; die Front erinnere doch eher an den Toyota Land Cruiser. Andere Beobachter sehen in dem billigen Plastik des CEO das hervorstechende Unterscheidungsmerkmal zum X5.

Dennoch sind die deutschen Automobilbauer besorgt, dass das ähnliche Aussehen Verwirrung bei den Konsumenten hervorrufen könne. BMW stellt heraus, dass es sich bei dem um mehr als die Hälfte billigeren CEO keinesfalls um ein Substitut zum X5 handele.

Allerdings bestehen die wichtigsten Probleme der chinesischen Autobauer derzeit weniger in den Plagiatsvorwürfen als den in der EU geltenden Sicherheits- und Umweltstandards. Die chinesischen Produzenten Landwind und Brilliance, die bisher vor allem wegen ihrer vernichtenden Crashtests in Deutschland auffielen, sind gerade dabei, ihre Modelle sicherheitstechnisch zu verbessern. Hersteller Brilliance will im kommenden Jahr die Limousine BS6 auf den Markt bringen. Nach der Verbesserung der Karosserie bringt es der Wagen bei eigenen Tests nach Verlautbarungen des Unternehmens nunmehr auf drei von fünf

möglichen Sternen. Auch dieses Ergebnis gilt in der Branche heutzutage als unzulänglich.

Die Branche weiß jedoch, dass die Standards nur kurzfristig eine Hürde für chinesische Hersteller sein werden. Bisher exportiert China jährlich etwa 325.000 Autos, von denen etwa 80% kostengünstige Lastwagen und Busse sind, die hauptsächlich in Entwicklungsländer geliefert werden. In den nächsten Jahren wird jedoch mit starken Qualitätsverbesserungen chinesischer Autos gerechnet. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass internationale Topkonzerne in China mit inländischen Herstellern eng zusammenarbeiten und hierdurch die technischen Fähigkeiten Letzterer befördert werden.

Zuletzt am 6. August dieses Jahres hat Fiat ein Abkommen mit einem chinesischen Hersteller abgeschlossen. Der chinesische Autobauer Chery soll Fiat jährlich 100.000 1,6- und 1,8-Liter-Motoren liefern. Eingebaut werden sollen die Motoren sowohl in Autos, die in China verkauft werden, als auch in Autos, die für andere Märkte bestimmt sind. Yin Tongyao, Vorsitzender von Chery, erhofft sich von der Kooperation eine Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit seines Unternehmens.

Die strategische Kooperation zwischen Fiat und Chery folgt der neuen Linie von Fiat, nur noch strategische Partnerschaften ohne Kapitalbeteiligung einzugehen. Fiat ist auf dem chinesischen Markt schon mit einem Joint Venture (JV) mit Nanjing Automobile präsent. Das Joint Venture befindet sich im Gegenteil zu anderen JVs, wie dem von General Motors und VW, immer noch

in der Verlustzone. Von dem Ziel, in China bis zum Jahr 2010 jährlich 300.000 Autos abzusetzen, ist Fiat weit entfernt. Im vergangenen Jahr waren es nur 31.000 Modelle. Dagegen hat Konkurrent VW allein im ersten Halbjahr dieses Jahres fast 14-mal so viele Autos verkauft. (HB, 7., 31.8.07; IHT, 7.8., 12.9.07; NfA, 13.9.07)

Singapore Airlines steigt bei China Eastern ein

Singapore Airlines und ihre Muttergesellschaft, die staatliche Investmentgesellschaft des Stadtstaates Singapur, Temasek, übernehmen für insgesamt 918 Mio. USD einen 24%igen Anteil an China Eastern Airlines. Singapore Airlines wird künftig 15,7% und Temasek die restlichen 8,3% halten. Im August wurde das Abkommen von der chinesischen Regierung gebilligt.

Von der Beteiligung verspricht sich Singapore Airlines einen besseren Zugang zum für ausländische Fluggesellschaften nur beschränkt zugänglichen chinesischen Markt. Zurzeit ist der chinesische Flugmarkt der am schnellsten wachsende weltweit. Im letzten Jahr stieg das Flugaufkommen um 17%. Singapore Airlines folgt der Hongkonger Cathay Pacific, die Ende 2004 für 300 Mio. USD eine 10%ige Beteiligung an Air China erworben hatte. Inzwischen wurde die Beteiligung auf 17,5% aufgestockt. Laut Gesetz dürfen ausländische Unternehmen nur Minderheitsbeteiligungen von höchstens 49% an chinesischen Fluggesellschaften eingehen.

China Eastern ist von den großen chinesischen Fluggesellschaften die einzige, die unter großen Schwierigkeiten leidet. Seit zwei Jahren steckt das Unternehmen in ro-

ten Zahlen und hat ferner gewaltige Schuldenberge aufgetürmt. Vor allem macht China Eastern der zunehmende Wettbewerbsdruck auf der lukrativen Strecke Hongkong-Shanghai zu schaffen. Cathay Pacific hatte mit Hong Kong Dragon Airlines den vormals einzigen Konkurrenten auf der Strecke aufgekauft.

Nach Meinung von Teng Ngiek Lian von Target Asset Management in Singapur deutete die schlechte Bilanz von China Eastern auf erhebliche Defizite im Management des Unternehmens hin. Von der in dieser Beziehung vorbildlichen Singapore Airlines könne das Unternehmen viel lernen. Die beiden Airlines nannten sechs Kooperationsfelder, unter ihnen Marketing, Ausbildung und Service.

In einer wichtigen Angelegenheit wird der neue Investor China Eastern wahrscheinlich nicht weiterhelfen können. China Eastern ist die einzige der drei großen chinesischen Airlines, die nicht an eine der drei internationalen Allianzen angeschlossen ist. Singapore Airlines selbst ist Mitglied in der Star Alliance, in der China allerdings schon mit der Air China vertreten ist.

Stephen Lee, Vorsitzender von Singapore Airlines, sagte in den heimischen Medien vorsichtig, dass es sich bei der Beteiligung um eine langfristige Investition handle. Schnelle Renditen dürften von dem Engagement nicht erwartet werden. (NZZ, 4.9.07; IHT, 3.9.07; ST, 3.9.07; WSJ, 3.9.07)

Chinesischer Staatsfonds offiziell gegründet

Am 28. September 2007 wurde der chine-

sische Staatsfonds China Investment Co. Ltd. offiziell gegründet. Der zuvor noch namenlose Staatsfonds war bereits im Juni ins Blickfeld der Weltöffentlichkeit gelangt, als er für 3 Mrd. USD einen knapp 10%igen Anteil an Blackstone erworben hatte (C.a., 3/2007:128f.).

Die siebenköpfige Führungsgruppe war der interessierten Öffentlichkeit im Vorfeld der Gründung bekannt gegeben worden: Vorstandsvorsitzender des Fonds ist Lou Jiwei, einer der sechs stellvertretenden Generalsekretäre im Staatsrat. Für die Tagesgeschäfte ist Gao Xiqing berufen worden. Gao erwarb im Jahr 1986 von der Duke University einen Abschluss in Jura. Danach war er als Rechtsanwalt an der Wall Street tätig. Er war ebenfalls an der Ausformulierung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Börsen in Shanghai und Shenzhen beteiligt. Im Jahr 1999 ist er zum stellvertretenden Vorsitzenden der chinesischen Börsenaufsicht (China Securities Regulatory Commission, CSRC) ernannt worden. Bevor er nun seine Stelle als Geschäftsführer von China Investment antrat, war er vier Jahre lang stellvertretender Vorsitzender des staatlichen Rentenfonds (National Social Security Fund).

Den beiden werden als weitere Führungskräfte der stellvertretende Finanzminister Zhang Hongli, Wang Jianxi und Xie Ping von der Huijin Investment Corp., Hu Huaibang von der Bankenaufsicht (China Banking Regulatory Commission, CBRC) und Yang Qingwei von der National Development and Reform Commission zur Seite gestellt.

Analysten erwarten, dass China Investment die ihr anvertrauten 200 Mrd. USD

eher vorsichtig und konservativ anlegen werde. Vor allem wird davon ausgegangen, dass die Beteiligung an Blackstone eine Ausnahme ist, die sich nicht so schnell wiederholen werde. Bisher habe es die chinesische Regierung stets vermieden, wegen wirtschaftlicher Entscheidungen politische Konflikte mit anderen Ländern zu verursachen.

Allerdings sind besonders die westlichen Länder durch die steigende Anzahl von Staatsfonds aus dem Nahen und Fernen Osten aufgeschreckt. Ironischerweise werden staatliche Investitionen in Unternehmen just zu einer Zeit getätigt, in der sich die westlichen Länder aus ihren verbliebenen staatlichen Unternehmen und Banken zurückziehen. Der dem Rückzug unterliegende Gedanke, dass der Staat bei einer Beteiligung nicht nur die Entwicklung des Unternehmens, sondern auch handfeste politische Interessen im Auge habe, ist auch nicht dazu angetan, die Skepsis gegenüber den Staatsfonds zu zerstreuen.

Daher wird in den europäischen Ländern offen darüber nachgedacht, ob Investitionen in sicherheitsrelevanten Bereichen per Genehmigungsverfahren kontrolliert werden sollen. EU-Handelskommissar Peter Mandelsohn hat ebenfalls eine Beibehaltung staatlicher Einflussrechte bei privatisierten Unternehmen ins Spiel gebracht (die sog. „goldene Aktie“).

Im liberalen England wurden die Milliardeninvestitionen der China Development Bank und der staatlichen Investmentgesellschaft des Stadtstaates Singapur, Temasek, in die englische Barclays Bank (C.a. 4/2007:152f.) zwar ausdrücklich willkommen geheißen. Jedoch auch hier reagier-

te die Regierung nervös, als die russische Gazprom im vergangenen Jahr den britischen Versorger Centrica übernehmen wollte. Zur selben Zeit hatte der Kreml gerade die Ukraine von der Gasversorgung ausgeschlossen, um seinen wirtschaftspolitischen Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Nicht anders sieht es auf der anderen Seite des Atlantiks, in den USA, aus. Vor zwei Jahren hatte die staatliche China National Offshore Oil Corp. (CNOOC) den Kauf der einheimischen Unocal angestrebt; dies hatte einen starken Widerstand in den USA provoziert. Derzeit schlagen die politischen Wellen wegen einer Aussage von William Watkins, dem Hauptgeschäftsführer von Seagate Technology, hoch, wonach ein chinesisches Unternehmen sich für den Kauf eines der beiden US-amerikanischen Hersteller von Disk Drives (Seagate und Western Digital) interessiere.

Die chinesische Regierung hatte andere Länder indes aufgerufen, Investitionen der China Investment ohne Diskriminierung anzunehmen. Allerdings, so Jörg Wuttke, Präsident der Europäischen Handwerkskammer in China, sei im Inland ein klarer und unberuhigender Trend zur ungleichen Behandlung ausländischer Direktinvestitionen (ADI) seitens chinesischer Regulierungsbehörden festzustellen. Zunehmend würde der Sinn von ADI infrage gestellt. Lobbygruppen würden zudem die chinesische Regierung bedrängen, die Restriktionen für ADI zu verstärken. Premierminister Wen Jiabao insistierte bei seiner Ansprache vor in- und ausländischen Industrievertretern Anfang September, dass sich an der chinesischen Öffnungspolitik nichts

ändere.

Das neue, mit Spannung erwartete Antimonopolgesetz enthält ebenfalls eine erst kurzfristig in das Gesetz aufgenommene Klausel, die in diesem Zusammenhang Misstrauen weckt. Hiernach sollen Übernahmen von ausländischen Firmen einer nationalen Sicherheitsprüfung unterzogen werden. Experten weisen jedoch darauf hin, dass es sich hierbei nicht um eine qualitative Änderung handele. Der Aspekt der nationalen Sicherheit sei schon immer berücksichtigt worden. Nur sei er nun formalisiert worden. Andere Gesetze und Bestimmungen würden diesen Aspekt bereits beinhalten.

Kritik gegenüber den chinesischen Staatsfonds kommt aber nicht nur aus westlichen Ländern. Anfang August hatten chinesische Internetnutzer in ihren Blogs ungewöhnlich starke Kritik gegenüber den Fonds geübt. Einige Blogs wurden daraufhin von der Regierung gelöscht. Die Blogger werden in ihrer Kritik von chinesischen Finanzmedien unterstützt, die einen milderen Ton angestimmt haben. Hintergrund dieser Unzufriedenheit ist die unerwartete Performance der Blackstone-Aktie. Im ersten Monat nach Börsennotierung ging der Kurs steil bergab. Innerhalb eines Monats hatte der Wert der chinesischen Beteiligung etwa 500 Mio. USD an Wert verloren. (FAZ, 2.8.07; IHT, 3., 28.8.07; WSJ, 31.8., 10., 12.9.07; FT, 22.8.07; ST, 29.8.07; XNA, 27.9.07)